

Bad Mergentheim, den 25. August 2021

Pressebericht

FDP-Landtagsabgeordneter Stephen Brauer zu Gast im Liberalen Forum

Solide Finanz- und Haushaltspolitik gefordert

Die wiedergewonnene Möglichkeit der persönlichen Begegnung und sicher auch das gesteigerte Interesse an politischen Themen durch den Bundestagswahlkampf führte eine stattliche Anzahl von Mitgliedern und Gästen zu einer Veranstaltung des liberalen Forums im Restaurant Bundschu am 11.8.2021.

Die amtierende Ortsvorsitzende Anne Hansen-Peter begrüßte den Kreisvorsitzenden Benjamin Denzer, den Bundestagskandidaten des Wahlkreises Main-Tauber/Neckar-Odenwald, Timo Breuninger und den Landtagsabgeordneten Stephen Brauer aus Crailsheim, der haushalts- und finanzpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion ist und der auch Betreuungsabgeordneter für den Main-Tauber-Kreis ist.

Timo Breuninger richtete ein Grußwort an die Anwesenden, er hob dabei die aus Sicht seiner Partei enorme Wichtigkeit einer soliden Haushalts- und Finanzpolitik für alle staatlichen Ebenen von der Kommune bis hinauf zum Bund hervor.

„Gerade auch für mich als jungem Kandidaten ist es eine elementare Frage der Generationengerechtigkeit, dass wir unser Gemeinwesen nicht weiter sehenden Auges in die Schuldenfalle laufen lassen. Geht dies so weiter, wird den zukünftig Verantwortlichen damit jeder finanzielle Gestaltungsspielraum geraubt“ - so Breuninger in seinem mit viel Applaus bedachten Impulsvortrag.

Stephen Brauer ging in seinem Referat zunächst auf die Grundsätze liberaler Haushaltsführung ein.

Haushalte der Länder und des Bundes müssen zukunftsorientiert sein. D.h. dass Ausgaben für Investitionen Vorrang vor Konsumausgaben haben müssen, dass Haushalte ausgeglichen sein müssen und nicht Schulden auftürmen, die nachfolgende Generationen belasten und weiterhin muss der Haushalt vollständig sein. Dies trifft nicht zu, da die enormen Belastungen für zukünftige Pensionszahlungen keinen Niederschlag in den Haushaltsplänen finden.

Nach Brauer steht die gesetzlich verankerte „Schuldenbremse“ nur auf dem Papier, sie gilt nur „im Prinzip“. Deshalb arbeitet die grün/schwarze Landesregierung eifrig an allen möglichen Ausnahmetatbeständen. Die Corona-Krise gab dafür viele Gelegenheiten. Es mussten zusätzlich 8,6 Mrd. € in den Haushalt eingestellt werden.

MdL Brauer stellte unmissverständlich fest, dass es mit den Freidemokraten in einer möglichen neuen Bundesregierung an keiner Stelle ein weiteres Aufweichen der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse geben werde.

Was insbesondere die Parteien des linken politischen Spektrums hier planen ist ein Pehilschein für das Aufnehmen immer neuer Schulden, um damit eigene Prestigeprojekte zu finanzieren. Als besonders perfide bezeichnete Brauer in diesem Zusammenhang den von der Grün-Schwarzen Landesregierung geprägten Begriff der sogenannten „impliziten Schulden“. Was da so vermeintlich unschuldig daher kommt ist nichts anderes als ein Taschenspielertrick der Regierung, um neuerliche staatliche Ausgaben und damit eine weitere finanzielle Inanspruchnahme zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung zu rechtfertigen. Während etwa das Nachbarbundesland Bayern in den vergangenen Jahren massiv Schulden abgebaut habe, hat die Regierung Kretschmann das Geld mit vollen Händen ausgegeben und in keiner Weise finanziell vorgesorgt. Das grün-geführten Stuttgarter Finanzministerium habe, unter tätiger Mithilfe des willfährigen CDU-Koalitionspartners, dem Parlament mit dem jüngst von der Regierungsmehrheit verabschiedeten Nachtragshaushalt in Höhe von 2,04 Milliarden Euro, davon alleine 1,2 Milliarden finanziert durch die Aufnahme neuer Schulden, ein verfassungsrechtlich äußerst fragwürdiges Zahlenwerk vorgelegt. Mit Verweis auf die Corona-Pandemie versuche man alle Lieblingsprojekte der beiden Regierungspartner durchzuwinken. Die FDP hat daher folgerichtig-bereits angekündigt mit einer Verfassungsklage vor den Staatsgerichtshof ziehen zu wollen. Mit der Erhöhung der Staatssekretärsstellen von seither 4 auf nunmehr sage und schreibe 16 neue Regierungsmitglieder habe das derzeitige Landeskabinett zudem einen traurigen Höhepunkt bei der grün-schwarzen Selbstbedienungsmentalität erreicht, geißelte Brauer die beschlossenen massiven Ausgabenzuwächse beim Regierungspersonal

Folgerichtig hält der Rechnungshof des Landes die von der grün-schwarzen Regierung im Nachtragshaushalt geplanten neuen Schulden für überflüssig. Zum Jahresende 2020 habe das Land durch wieder anziehende Steuereinnahmen einen Kassenüberschuss von 3,2 Milliarden Euro erzielt. Der Rechnungshof mahnte, Grün-Schwarz müsse diesen Spielraum als Alternative zu weiteren Notlagenkrediten nutzen. Die Koalition will aber wegen der Corona-Krise erneut die Ausnahmeklausel bei der Schuldenbremse nutzen und 1,2 Milliarden Euro neue Kredite aufnehmen.

